

CSU lobt Unterstützung für Kommunen

POLITIK Die Mittelstands-Union hat zum Neujahrsgespräch eingeladen.

CHAM. Viele Teilnehmer konnte die Mittelstands-Union (MU) im Landkreis bei ihrem jährlichen Gespräch zu aktuellen Themen aus Politik und Wirtschaft begrüßen. Die Liste der Diskussionsbeiträge war lang: Flüchtlingskrise, Reformen, Abbau der Bürokratie und Energiewende. Als Gast referierte Bundestagsabgeordnete Barbara Lanzinger aus Amberg.

Diese verwies auf eine nach wie vor boomende Wirtschaft. Vor allem der Export begünstige Deutschland, wobei Bayern zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa gehöre. Der Arbeitsmarkt befinde sich auf einem Rekordniveau. 2015 waren 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, so viele wie nie zuvor und 324 000 mehr als im Vorjahr.

Alle sollten solidarisch sein

Mit dem im November beschlossenen Bundeshaushalt würden die Kommunen nachhaltig gerade in den Bereichen Soziales und frühkindliche Betreuung, Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie sozialer Wohnungsbau unterstützt. Dank einer soliden Auftragslage der Unternehmen würden auch die Steuereinnahmen der Kommunen bis 2019 kontinuierlich steigen. Die Versorgung in Bezug auf Erneuerbare Energien bedürfe eines Energiemix-Konzepts, damit die Energie kostengünstig für Verbraucher und den Mittelstand bleibe.



MU-Kreisvorsitzende Ingrid Weindl senior (Bildmitte) konnte zum MU-Jahresgespräch Gastrednerin MdB Barbara Lanzinger sowie MdB Karl Holmeier (links) und MdL Dr. Gerhard Hopp begrüßen.

Die globale Welt scheine zu wanken: zuerst Banken- und Finanzkrise, die Staatsverschuldung in südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Terrorgefahr in Europa und mittlerweile das alles beherrschende Thema der Flüchtlingsströme nach Europa. Trotz verständlicher Sorgen und Ängste sei hier engagiertes und überlegtes Handeln gefragt, sagte auch MdB Karl Hol-

meier. Gerade Bayern habe im vergangenen Jahr ganz Europa vor Augen geführt, dass es durchaus gelingen könne, über eine Million Flüchtlinge menschlich, vorbildlich organisiert und mit großartiger Hilfsbereitschaft aufzunehmen. Wenn alle EU-Mitgliedsländer genauso gehandelt hätten, hätte man nicht die Probleme, die es jetzt gebe. Alle EU-Geldempfänger-

länder sollten ebenso solidarisch im Umgang mit der Aufnahme von Flüchtlingen sein, meinte auch MdL Dr. Gerhard Hopp.

Im Asylpaket II werde besonders die Forderung der CSU betont, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zunächst zwei Jahre auszusetzen. Das sei ein wichtiger Beitrag, um die Flüchtlingszahlen spürbar zu reduzieren. Für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon und Jordanien solle in künftigen Kontingenten der Familiennachzug vorrangig vor Personen ohne familiäre Bindungen in Deutschland berücksichtigt werden. Perspektivisch solle es mehr Rechtssicherheit und Verfahrensvereinfachungen für auszubildende Flüchtlinge und ausbildende Betriebe geben.

Datenaustausch sicherstellen

Schon vor einem Jahr habe die CSU in Kreuth gefordert, keine unzulässige Zuwanderung in die Sozialsysteme zuzulassen nach dem Motto „Wer betrügt, der fliegt“, was einen Sturm der Entrüstung zur Folge gehabt habe. Nun meine man schon fast, die SPD habe das gefordert. Das jetzt verabschiedete Asylpaket II erleichterte Abschiebungen und den Familienzuzug. Es müsse bei der Registrierung ein Datenaustausch sichergestellt werden bis zu einer gemeinsamen europäischen Datenbank. Wenn es nicht gelinge, ein gemeinsames Asylrecht in Europa und eine EU-weite Grenzsicherung zu erreichen, sei das für den Bestand des heutigen Europas nach Meinung von Holmeier eine große Gefahr. „Wir in Deutschland können das Flüchtlingsproblem nicht alleine lösen“, sagte der Bundestagsabgeordnete.